

stimmen? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Einzelplan 02 in zweiter Lesung** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ebenfalls **angenommen**.

Ich rufe jetzt auf den

**Einzelplan 06  
Ministerium für Innovation, Wissenschaft und  
Forschung**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses hin. Er liegt Ihnen mit Drucksache 16/7506 vor.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Dr. Berger das Wort.

**Dr. Stefan Berger** (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im vergangenen Jahr habe ich in meiner Rede zum Haushaltsentwurf 2014 noch lobende Worte für den historisch höchsten Haushalt im Wissenschaftsbereich gefunden. Das geht in diesem Jahr leider nicht mehr; denn trotz eines erneuten Rekords bei den Studierendenzahlen – es gibt mittlerweile über 700.000 Studierende in Nordrhein-Westfalen, was sehr schön ist – reduzieren Sie Ihren Haushaltsansatz um fast 200 Millionen €. Wir haben die historisch höchste Zahl an Studierenden, aber nicht den historisch höchsten Wissenschaftshaushalt. Damit ist eigentlich schon der negative Auftakt für die Haushaltsdebatte in diesem Bereich skizziert.

Das hätten Sie abwenden können, denn Sie bekamen mit der Übergabe der BAföG-Gelder ein vorweihnachtliches Geschenk der Bundesregierung. Sie haben aber – das hat die Debatte in den letzten Wochen hier gezeigt – die BAföG-Millionen lieber im Haushalt versickern lassen, als sie den Hochschulen zur Verfügung zu stellen. Damit müssen Sie sich auch vorwerfen lassen, dass Sie den historisch höchsten Haushalt hätten hinbekommen können, wenn Sie es denn gewollt hätten. Das haben Sie aber nicht gewollt, sondern Sie haben der Haushaltspolitik den Vorrang vor der Bildungspolitik gegeben.

Ich ahne, dass Frau Seidl gleich vortragen wird, dass der Haushalt immer noch höher als im Jahr 2010 ist. Sie loben sich ja immer dafür, dass der Haushalt seit 2010 – seit diesem Jahr regiert Schwarz-Gelb hier nicht mehr – um rund 2 Milliarden € zugenommen hat, sagen aber nicht, warum er seit dem Jahr 2010 zugenommen hat.

(Karl Schultheis [SPD]: Weil es mehr Geld gibt!)

– Ja, es gibt mehr Geld. Der Zuruf ist korrekt. Es gibt aber mehr Geld aus dem Hochschulpakt II. Und dieser Pakt wurde 2009 unter einer schwarz-gelben Regierung geschlossen. Im Jahr 2010 standen 112 Millionen € zur Verfügung. Jetzt liegt die Summe bei 714 Millionen €. Das Geld dazu kommt also in allererster Linie aus Berlin.

(Beifall von Dr. Marcus Optendrenk [CDU])

Zweites Beispiel: Das Hochschulmodernisierungsprogramm wurde ebenfalls 2009 beschlossen. Es sah 5 Milliarden € Investitionen vor.

Allein diese beiden Maßnahmen machen für sich allein genommen schon fast 2 Milliarden € aus. Sie lassen sich heute für etwas feiern, was Sie selbst politisch gar nicht entschieden haben. Die politische Leistung von Rot-Grün besteht darin, überall dort die Bändchen durchgeschnitten zu haben, wo die Vorarbeit durch die schwarz-gelbe Landesregierung geleistet worden ist. Das ist die korrekte historische Wahrheit!

(Beifall von der CDU)

Wie sieht es denn jetzt aus? – Politik lebt auch von der Weiterentwicklung. Sie stehen mit den Finanzen im Wissenschaftsbereich noch nicht einmal dort, wo Schwarz-Gelb 2010 aufgehört hat. Ihr Haushalt ist nämlich nicht nur nicht der historisch höchste, er wird noch viel kleiner, wenn man die Bildungsausgaben auf den einzelnen Studenten bezieht. Nach den aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes vom 26. November 2014 sind in keinem einzigen Land in Deutschland die Ausgaben pro Studierenden je Universität so gering wie in Nordrhein-Westfalen. Bei den Fachhochschulen liegt Nordrhein-Westfalen auf dem viertletzten Platz, kurz vor dem Saarland, Bremen und Hamburg. Sie sind also Letzter bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Universitäten und Vierletzter bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Fachhochschulen.

Blicken wir einmal – weil die Grünen auch hier sind – zu Herrn Kretschmann nach Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg bekommt jeder Studierende an einer Hochschule im Durchschnitt 8.100 €, während es in Nordrhein-Westfalen gerade einmal 5.200 € sind. Deshalb kann man nicht – wie es Ihre Kollegin tut – davon reden, dass hier alles super ist und mit diesem tollen Haushalt die Zukunft gemeistert werden kann. Sie sollten mindestens einmal für sich eingestehen, dass Sie am unteren Ende der Skala rangieren.

(Beifall von der CDU)

Ein Grund dafür ist Ihr Verzicht auf Studienbeiträge. Sie haben Qualitätsverbesserungsmittel eingeführt. Die Zahl stagniert. Sie müssen die 249 Millionen € auf immer mehr Köpfe verteilen.

Blicken wir einmal auf die RWTH Aachen, auf die Sie – Herr Schultheis thematisiert das in jeder Ausschusssitzung – zu Recht stolz sind: Sie hat im Win-

tersemester 2009/2010 bei einer Studierendenzahl von 25.000 22 Millionen € an Beiträgen erhalten. Im Wintersemester 2013/2014 – also jetzt – ist die Zahl der Studierenden auf 31.600 angewachsen. Dafür erhielt die RWTH Aachen nur noch 17 Millionen €. Bei 6.000 Studierenden mehr gab es 5 Millionen € weniger. Da ist die Lehre nicht verbessert, sondern verschlechtert worden.

Meine Damen und Herren, das Jahr 2014 war auch sonst kein gutes Jahr für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Das liegt im Wesentlichen an der Verabschiedung eines Hochschulgesetzes, das bereits vor seiner Verabschiedung zu einer schweren Hypothek für die Beziehungen zwischen Wissenschaftsministerium und den Hochschulen wurde. Nicht oft ist es so, dass ein Gesetzgebungsverfahren ein andauernder Spießrutenlauf für die zuständige Ministerin wird. Vertrauensverlust, vergiftete Atmosphäre und die Gehälteraffäre haben die Reputation von Ministerin Schulze weitgehend aufgezehrt.

(Karl Schultheis [SPD]: Giftspritze dabei!)

Alle Beteiligten haben gespürt, dass dieses Gesetz erkennbar negative Folgen hat. Nordrhein Westfalen wird eine zentnerschwere Last in den Rucksack gelegt. Das hat jede Anhörung, die wir zu diesem Thema durchgeführt haben, klar gezeigt. Die Gesamtphilosophie des Hochschulzukunftsgesetzes wird zu einer Erosion der Innovationsbasis Nordrhein-Westfalens führen.

(Dietmar Bell [SPD]: Dicker geht's nimmer, wa!)

Sie haben Musik bestellt, die keiner hören will. Nun zwingen sie auch noch die Wehrlosen an den Universitäten, Ihre Rechnungen zu bezahlen.

Letztlich, meine Damen und Herren, werden Sie mit diesem Haushalt dem Wissenschaft- und Forschungsstandort Nordrhein-Westfalen nicht gerecht.

(Dietmar Bell [SPD]: Sie mit Ihrer Rede auch nicht!)

Die Mittel pro Studierendem sind so gering, dass Nordrhein-Westfalen bundesweit den letzten bzw. den vorletzten Platz einnimmt. Inhaltlich haben Sie mit Ihrer Wissenschaftspolitik in den letzten vier Jahren nur verbrannte Erde hinterlassen.

(Minister Guntram Schneider: Mein Gott!)

Irgendwelche Initiativen, die geeignet wären, den Forschungsstandort klar nach vorn zu bringen? – Völlige Fehlanzeige!

Deswegen lehnen wir diese Politik und diesen Haushalt ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Berger. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Schultheis das Wort.

**Karl Schultheis (SPD):** Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Berger, ich weiß nicht, in welchem Land Sie unterwegs sind.

(Heiterkeit von Ministerin Svenja Schulze – Minister Guntram Schneider: Absurdistan! – Zurufe von der SPD: Nicht in NRW!)

Wie gesagt: Sie lesen nicht nur schlechte Krimis und Comics – darauf habe ich im Ausschuss hingewiesen, weil Sie immer darauf rekurrieren –, sondern Sie sehen auch viele schlechte Filme. Denn alles, was Sie vortragen, stimmt mit der Realität nicht überein, obwohl das Fiction für Sie sein mag.

(Lothar Hegemann [CDU]: Zur Sache!)

– Zur Sache hätte Herr Dr. Berger sicherlich etwas beitragen können, hat er aber nicht.

(Nadja Lüders [SPD]: Kann er ja auch nicht!)

Ich will mit meiner Heimathochschule anfangen, weil Sie diese angesprochen haben. Ich habe nicht den Eindruck, dass die RWTH Aachen nicht an Geldmangel leidet; ich habe regelmäßigen Kontakt mit den Persönlichkeiten, die diese Hochschule führen. Ganz im Gegenteil: Ich glaube, die Debatte über Geld und darüber, was die öffentliche Hand dafür aufbringen muss, also immerhin rund 8 Milliarden € in diesem Jahr für 2015, führt auch dazu, dass alle gemeinsam überlegen müssen – sie tun das auch –, ob wir mit diesem Geld richtig umgehen und ob wir es überall gezielt und richtig einsetzen. Das ist eine gute Reflexion, die gerade wissenschaftlichen Einrichtungen gut zu Gesicht steht, meine Damen und Herren.

Zu den Fakten, die hier angesprochen worden sind: In der Tat ist der jetzige Haushalt genau auf der Linie der letzten Haushalte, die durch die Landesregierung eingebracht worden sind und von den Fraktionen von SPD und Grünen getragen werden. Auch dieser Haushalt zeigt, wenn man eine Bereinigung der Hochschulpaktmittel vornimmt, eine Steigerungsrate von rund 2 % – ich glaube, das sind am Ende 1,9 % –,

(Ministerin Svenja Schulze: Ja!)

sodass es in der Tat bei der Entwicklung der Hochschulhaushalte eine weitere Steigerung in diesem Jahr gibt.

Weiterhin ist festzustellen, dass sich die Ausgaben in den Jahren 2010 bis 2015 so entwickeln, dass sich die Haushalte letztlich um 33 % erhöht haben. Die Zahl der Studierenden – auch dabei orientieren wir uns an der Prognose der Kultusministerkonferenz – stieg um rund 25 %, sodass in der Tat auch bei der Grundfinanzierung unserer Hochschulen ein

Anstieg zu verzeichnen ist. Immerhin gehen 5,7 Milliarden € im Jahr 2015 an die Hochschulhaushalte – inklusive der Medizin, der Forschung und der Lehre an den medizinischen Einrichtungen und den Universitätskliniken. Auch diesen Rekordwert gilt es zu würdigen.

Im vorliegenden Haushalt stecken Perspektive und Solidität sowie Planungssicherheit für unsere Hochschulen.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Wo haben Sie die denn?)

Das ist eine wichtige Grundlage für die nächsten Jahre.

Hinzu kommt, dass Forschung und Entwicklung auch einen Schwerpunkt dieses Haushaltes bilden – auch im Kontext mit den Haushalten anderer Ministerien dieser Landesregierung, die dafür sorgen, dass die Wirtschaftskraft in unserem Land gestärkt wird und dass gerade auch die Möglichkeiten unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen gestärkt werden, die Programme der Europäischen Union zu nutzen: sowohl diejenigen zur Strukturförderung als auch diejenigen des Innovations- und Forschungsprogramms Horizont 2020, das gerade in Richtung kleiner und mittlerer Unternehmen wichtige Impulse setzt.

Also: Das ist eine gute Grundlage, um im Jahr 2015 zu arbeiten und die Hochschulen weiterhin erfolgreich arbeiten zu lassen. Denn alle Befürchtungen, die Sie formuliert haben, und alle Ängste, die sie erzeugen wollten, sind nicht eingetreten. Der doppelte Abiturjahrgang hat nicht zum Chaos und auch nicht zum Zusammenbruch des Systems unserer Hochschulen geführt. Im Gegenteil: Gemeinsam haben Landesregierung, Landtag und Hochschulen die anstehenden Herausforderungen gepackt.

Wir gehen jetzt in die Zukunft. Dazu dient auch das neue Hochschulgesetz. Denn die Landeshochschulentwicklungsplanung, die dieses Gesetz ermöglicht, wird dazu führen, dass wir die Ressourcen, die für Forschung, Lehre und Entwicklung zur Verfügung stehen, sinnvoll eingesetzt werden und dass wir einen regionalen Ausgleich bei der Fächerstruktur sicherstellen. Damit kann auch die Qualität der Studienangebote gefestigt werden. Das ist Aufgabe dieses Landeshochschulentwicklungsplans, den das neue Gesetz ermöglicht.

(Beifall von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Darüber hinaus ist für den Bereich Forschung und Entwicklung das Gesetz die Grundlage dafür, neue Wege bei der Kooperation von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu gehen. Auch hier gehen wir neue Wege, die sicherlich auch einen entsprechenden Mehrwert versprechen werden, meine Damen und Herren.

Wir gehen davon aus, dass in der Tat die Hochschulgesetzgebung und die damit verbundenen

Programme – der Hochschulpakt III steht an – nichts sind, was zu schwarz-gelber Zeit beschlossen worden ist, wobei ich Ihnen, Herr Dr. Berger, sagen muss: Die schwarz-gelbe Landesregierung hat viel beschlossen; das stimmt. Aber wenn Sie sich dann die Haushaltspläne, was die mittelfristige und langfristige finanzielle Sicherheit bezüglich dieser Beschlüsse angeht, angeschaut haben, werden Sie festgestellt haben, dass es da Riesenlücken gab, die die jetzige Landesregierung und die jetzige Mehrheit hier im Landtag haben füllen müssen. Versprechen und Einhalten sind zweierlei Paar Schuhe. Und die Beschlüsse, auch die Versprechen von Schwarz-Gelb, haben wir – SPD und Grüne – realisieren und einhalten müssen.

Schauen Sie sich das einmal genau an! Das gilt für all die Bauprogramme, die Ausbauprogramme und natürlich auch für die Hochschulpakete, die nachhaltig finanziert sein müssen.

Der Hochschulpakt III steht an. Der Hochschulpakt III ist auch ein wesentliches Ergebnis der Verhandlungen von Frau Ministerin Schulze, weil sie es uns durch ihr Verhandlungsgeschick ermöglicht hat, hier nicht nur Studienanfängerplätze zu bedienen, sondern auch die Schaffung von Masterstudienplätzen,

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das glaubt nicht mal meine Oma!)

die zwar manche fordern, die wir aber auch als Schwerpunkt unserer Arbeit sehen, mit neuen Möglichkeiten auszustatten. Ich hoffe, dass die Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz nächste Woche diesen Hochschulpakt III so beschließen wird, wie ihn die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz beschlossen hat. Hier ist also eine solide Basis gegeben, meine Damen und Herren.

Wir gehen davon aus, dass dieser Einzelplan 06 – ich höre auch nichts Negatives aus den Hochschulen – eine erfolgreiche Grundlage bieten wird. Wir werden noch zwei Änderungsanträge einbringen, die mein Kollege Maelzer gleich noch begründen wird. Also auch hier wird es einige Ergänzungen zu dem geben, was auf dem Tisch liegt. Wir werden dem Einzelplan 06 zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Freimuth das Wort.

**Angela Freimuth (FDP):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf einer Landesregierung wird üblicherweise unterschiedlich bewertet. Zumindest was die Tatsachen angeht, sollte aber eine gewisse Klarheit herrschen.

Die Kollegen von SPD und Grünen behaupten gerne, dass man seit 2010 für Wissenschaft und For-

schung angeblich einen Rekordetat nach dem anderen aufstellt. Doch, meine Damen und Herren, manchmal trägt der Schein.

Frau Ministerin Schulze hat in ihrer Einbringung im Wissenschaftsausschuss formuliert: Obwohl wir aufgrund der gemeinsamen Finanzplanung von Bund und Ländern 326 Millionen € weniger aus dem Hochschulpakt II zur Verfügung haben, ist es uns gelungen, diesen Rückgang abzufedern und den Verlust für den Einzelplan auf 195 Millionen € zu begrenzen. – So die Ministerin. Zumindest ist schon einmal ein Verlust von 195 Millionen € von der Landesregierung selber zugestanden worden.

Schauen wir uns mal die 326 Millionen € weniger aus dem Hochschulpakt an: Der Bund steuert kommendes Jahr planmäßig rund 111 Millionen € weniger Hochschulpaktmittel bei. Wie wir alle wissen, sind die Hochschulpaktmittel zur Hälfte vom Land kofinanzieren. Nordrhein-Westfalen wäre damit ebenfalls nicht weiter verpflichtet, einen Betrag von 111 Millionen € aus eigenem Etat zur Verfügung zu stellen.

Erklärbar wäre somit eine Absenkung der Hochschulpaktmittel um rund 223 Millionen €. Wieso also 326 Millionen €? Einen Rechenfehler von 103 Millionen € können wir uns alle aufgrund des Sachverstandes in den Ministerien nicht vorstellen. Wenn man nachschaut, finden sich diese 103 Millionen € bei den Zuschüssen zur Finanzierung der Fachhochschulen. Die fehlen damit für eine Zuweisung der Hochschulpaktmittel an die Hochschulen.

Trotz dieser 103 Millionen €, die sozusagen aus dem Hochschulpakt umgebucht werden, wird aber der Ansatz Titelgruppe 73 beim Ausbau der Fachhochschulen um 12 Millionen € abgesenkt. Danach käme ich auf ein Minus von rund 116 Millionen €. Selbst wenn ich aber alle anderen hochschulbezogenen Kapitel zusammenrechne, fehlen nach der Verrechnung der zurückgegangenen Hochschulpaktmittel immer noch knapp 30 Millionen € von 2014 zu 2015. Ein Umstand, den Frau Ministerin bislang verschweigt.

In diesem Etat sind zudem wesentlich mehr Bundesmittel als in den Jahren 2005 bis 2010. Selbst soweit es sich also um Mehrausgaben – in Führungszeichen – handelt, sind sie zu einem guten Teil fremde Federn, weil sich eben der Bund in den vergangenen Jahren stärker engagiert hat.

Meine Damen und Herren, ja, gute Bildung, gute Lehre und Forschung an unseren Hochschulen sind unser, wie ich unterstelle, gemeinsames Ziel. Es geht um bessere Bedingungen für unsere Studierenden, für die Lehrenden und die Beschäftigten an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen.

Ich will hier keine Zahlenschlachten führen um imaginäre Prozentzahlen und, falls vorhanden, Milliardenbeträge. Ich möchte Ihnen aber einmal ganz konkret aufzeigen, wie groß die Kluft zwischen Ihren

Behauptungen und der Realität an unseren Hochschulen ist.

Wollen wir wirklich einmal bewerten, wie sehr dieser Wissenschaftsetat den Studierenden und Lehrenden zugutekommt, wollen wir uns eine Kennzahl anschauen, die auch etwas über die Lehr- und Forschungsbedingungen in Nordrhein-Westfalen signifikant aussagt: „Grundmittel je Studierende/r“.

Das ist zwar nicht der einzig relevante Wert – das sei durchaus zugestanden –, aber er spiegelt die Studienbedingungen in Nordrhein-Westfalen am besten wider und ist auch leider Sinnbild für die schlechte rot-grüne Hochschulpolitik.

(Beifall von der FDP)

Frau Ministerin, für 2012 hat das Statistische Bundesamt gerade die frischen Zahlen mitgeteilt. Schauen Sie ruhig noch einmal rein! Bei diesem Wert „Grundmittel je Studierenden“ schneidet Nordrhein-Westfalen bundesweit unterdurchschnittlich ab. Wir rangieren irgendwo auf dem letzten, vorletzten oder vorvorletzten Rang, je nachdem, was man einbezieht. Wir sind von Ihnen zielstrebig auf die letzten Ränge geführt worden. So einfach ist die Sache. Nirgendwo in Deutschland wird so wenig Geld je Studierenden zur Verfügung gestellt wie in Nordrhein-Westfalen. Das ist Ihr hochschulpolitisches Armutszeugnis.

(Beifall von der FDP)

Dabei ist es nicht so, dass sich die anderen Bundesländer in der Hochschulfinanzierung besonders hervorgetan hätten – zugestanden –, aber in Nordrhein-Westfalen fällt dieser Wert einfach ins Bodenlose. Den Hochschulen stehen seit Rot-Grün regiert immer weniger Mittel pro Studierenden für die Aufgabenerfüllung zur Verfügung.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Nun könnte man einwenden, dass sich die Hochschulen nicht nur aus Grundmitteln finanzieren. Stimmt! Unter Schwarz-Gelb hatten die Hochschulen die Möglichkeit, neben den Grundmitteln auch Einnahmen aus Studienbeiträgen für Qualität und Verbesserung der Studienbedingungen zu verwenden. Sie haben den Hochschulen diese Möglichkeiten genommen, und zwar – das ist mein Vorwurf – ohne die versprochene Kompensation vorzunehmen.

Die Einnahmen aus Studienbeiträgen wären mit der Zahl der Studierenden angestiegen. Die angebliche Kompensationsleistung aus dem Landesetat ist seit 2010 nicht angestiegen und trägt damit auch in keiner Weise der Realität Rechnung, dass wir seit 2010 ein Drittel mehr Studierende an den Hochschulen betreuen. Mit Studienbeiträgen hätten die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen nicht die Finanzierungsprobleme, vor denen sie heute stehen.

(Karl Schultheis [SPD]: Hochschule macht keine Finanzierungsprobleme!)

Den Hochschulen und insbesondere den Studierenden fehlen durch die unzureichende Kompensation inzwischen 90 Millionen €, die für Qualitätsverbesserung, für Tutoren und für Bücher eben nicht zur Verfügung stehen. Allein die RWTH Aachen könnte 10 Millionen € mehr für Qualitätsverbesserung investieren. Das sind zum Beispiel mehr als hundert Dozentenstellen, nur, um das einmal in eine Relation zu setzen.

(Karl Schultheis [SPD]: Die RWTH hat auch Rücklagen!)

Bei der Universität zu Köln sind es 10 Millionen €, in Bochum 9 Millionen €, Duisburg-Essen 8 Millionen €, Paderborn 6 Millionen €, Wuppertal 6 Millionen €.

Meine Damen und Herren, wie Sie alle wissen, galt bis zum 1. Oktober in Nordrhein-Westfalen die Hochschulautonomie des Hochschulfreiheitsgesetzes. Unter den Möglichkeiten dieses Gesetzes konnten unsere Hochschulen unter anderem erfolgreich Drittmittel einwerben. Auch diese Zahlen sind aktuell verfügbar, und Nordrhein-Westfalen liegt dort mittlerweile immerhin im bundesweiten Durchschnitt.

Leider haben Sie es mit der Abschaffung der Hochschulfreiheit den Hochschulen erschwert, auch eine finanziell attraktive Forschungskooperation

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist absoluter Unsinn!)

mit unseren überwiegend mittelständisch geprägten Unternehmen der Privatwirtschaft einzugehen.

(Karl Schultheis [SPD]: Absoluter Unsinn!)

Wenn wir uns dann auch noch ansehen, welche Bürokratielasten sich aus der Umsetzung des neuen Hochschulrechts ergeben werden,

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist Ihr Wunschdenken, Frau Kollegin!)

bleibt je Studierenden oder Studierender weniger übrig, was für Forschung und Lehre verwendet werden kann.

(Beifall von der FDP)

Ob wir unsere Hochschulbildung wirklich stärken durch mehr Verwaltungstätigkeit? Nein.

(Zuruf von Dietmar Bell [SPD])

Wir müssen unsere Hochschulen von Bürokratie entlasten, um mehr Mittel für Lehre und Forschung und für die Betreuung der jungen Menschen investieren zu können.

(Dietmar Bell [SPD]: Wo ist Ihr Änderungsantrag?)

Es macht für die Studierenden einen erheblichen Unterschied, ob die Mittel für einen Dozenten oder für eine Verwaltungsfachkraft zur Umsetzung von Rahmenvorgaben ausgegeben werden.

(Beifall von der FDP)

Bereits jetzt kommen in Nordrhein-Westfalen deutschlandweit die meisten Studierenden auf einen Professor oder eine Professorin. Leider stellen SPD und Grüne aber alle Weichen, um die Situation noch weiter zu verschlechtern.

Auch im Bereich der Forschungsförderung sind Ihre Anstrengungen mickrig. Sie fordern doch selbst – da sind wir Gott sei Dank auch nicht im Dissens – Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen. Doch wo findet sich diese Absicht in Ihrem Haushalt? Das vielfach kritisierte „Fortschritt NRW“ soll anscheinend doch schrittweise das hoch erfolgreiche „Mittelstand. innovativ!“ beerben. Wider besseres Wissen entziehen Sie den KMUs damit die Möglichkeit eines Zugangs zu Hochschulwissen. Das schadet dem Innovations-, Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

Eine letzte Anmerkung zur Kostenübernahme des Bundes beim BAföG: Diese Mittel werden eben nicht zusätzlich für Bildung verwandt, sondern nur für Ausgaben, die Sie sowieso tätigen müssen. Wenn Sie damit dann auch noch den Anteil des Landes aus dem Hochschulpakt kofinanzieren, setzen Sie dem Ganzen wirklich die Krone auf.

Meine Damen und Herren, die Bilanz der rot-grünen Wissenschaftspolitik ist verheerend. Die von SPD und Grünen gesetzten finanziellen und gesetzlichen Voraussetzungen behindern Forschung und Lehre anstatt sie zu verbessern. Deswegen wird die FDP-Landtagsfraktion dem Einzelplan 06 auch nicht zustimmen können. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Dr. Seidl.

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was die Opposition heute bei dieser Haushaltsdebatte abliefert, das ist nicht nur dummes Zeug, das ist geradezu ein Armutszeugnis.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wer in Verhandlungen ernst genommen werden will – damit meine ich Sie beide – und wer massiv auf den Putz haut, wie Sie das gerade getan haben, der müsste im Gegenzug auch substantiell etwas liefern können. Ich meine damit: Wo ist Ihr Alternativkonzept zum Haushalt? Sie haben uns in der ge-

samten Debatte keinen Änderungsvorschlag auf den Tisch gelegt. Man könnte fast zu dem Schluss kommen, dass Sie uns mit dieser Zurückhaltung auch stille Zustimmung signalisieren wollen. Das fände ich – ehrlich gesagt – auch richtig.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Frommer Wunsch!)

Denn Tatsache ist, der Wissenschaftsetat 2015 liegt in diesem Jahr bei 7,8 Milliarden € und damit um fast 2 Milliarden € über dem Etat des Haushaltsjahres 2010.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Ich wusste es!)

– Ja, Sie wussten es, aber es stimmt auch, Herr Berger. Denn es sind sage und schreibe 33 % mehr als zu Ihrer Regierungszeit.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Davon erhalten die Hochschulen über 4,6 Milliarden €. Die Innovationsförderung in Höhe von knapp 760 Millionen € ist noch nicht eingerechnet. Und über 1 Milliarde € kommt für die Medizin noch obendrauf.

Wer jetzt meint, hieraus erwachse keine größere Herausforderung für das Land und für die Hochschulen, der nimmt seine politische Verantwortung in diesem Parlament nicht ernst, Frau Freimuth. Aber genau das erwarte ich auch von Ihnen.

Das Land Nordrhein-Westfalen gibt so viel Geld für seine Hochschulen aus wie noch nie. Mit der wachsenden Studierendennachfrage und auch mit der Vielfalt der Studierenden wächst eben auch die Verantwortung der Hochschulen gegenüber der Gesellschaft. Mit einem so riesigen Etat wächst die Pflicht einer stärkeren Transparenz gegenüber dem Parlament als Haushaltsgesetzgeber.

Deshalb ist Ihr Vorwurf der vermeintlichen Rücknahme von Hochschulautonomie durch das Hochschulzukunftsgesetz völlig absurd.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Berger und Frau Freimuth, ich komme einmal auf Ihre Rechenbeispiele bezüglich der Qualitätsverbesserungsmittel und der Ausgabenfinanzierung pro Studierendem zurück. Sie sind im Übrigen nicht nur falsch – wir liegen überhaupt nicht bei 80 Millionen € pro Semester, wie Herr Laschet es vor Kurzem dargestellt hat –, sondern vor allem auch selektiv auf einzelne Töpfe bezogen, lassen also die Gesamtfinanzierung für Lehre und Studium außen vor.

Mit den vorliegenden Statistiken, auf die Sie sich berufen, legen Sie jeweils nur die Grundmittel pro Studierendem von 2010 und 2011 nach Bundesländern für Ihre Berechnung zugrunde. Dabei sind im Vergleich zu 2010 in Nordrhein-Westfalen besonders hohe absolute Steigerungen alleine der Landesmittel – beim Hochschulpakt plus 352 Millio-

nen €, bei den Globalbudgets der Hochschulen plus 280 Millionen €, durch die Einführung der Qualitätsverbesserungsmittel plus 249 Millionen € und beim Hochschulbauprogramm plus 151,8 Millionen € – zu verzeichnen. Alle diese Mittel kommen den Studierenden zugute und gehören damit zur statistischen Wahrheit dazu.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auf dieser Grundlage würde sich übrigens auch bundesweit beim Vergleich der Statistiken ein ganz anderes Bild ergeben.

Im Übrigen kann ich nur sagen: Wenn Ihnen die Pro-Kopf-Finanzierung in 2010 zu niedrig erschienen ist, warum haben Sie dann zu Ihrer Regierungszeit daraus keine Konsequenzen gezogen?

Und: Wenn Sie die Studiengebühren gerne wieder einführen möchten, Frau Freimuth, warum haben Sie dann heute keinen entsprechenden Antrag vorgelegt?

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen auch sagen, warum: Sie trauen sich nicht, das zu machen, weil Sie wissen, dass Sie im Land damit überhaupt nicht gut ankommen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Jammerei hinsichtlich der Ausgaben für Wissenschaft und Forschung in NRW ist vollkommen deplatziert; denn gerade unser Einzelplan ist in den letzten Jahren im Verhältnis zum Gesamthaushalt überproportional angestiegen. Schauen wir uns doch einmal alleine die Ausfinanzierung des Hochschulpaktes über die gesamte Laufzeit an. Von 2007 bis 2023 werden in Nordrhein-Westfalen über 10 Milliarden € für zusätzliche Studienplätze ausgegeben. Mehr als 5 Milliarden € fließen aus Landesmitteln. Das ist eine gigantische Summe. NRW hat sich hier nicht wie andere Bundesländer – ich nenne da Hessen, Thüringen, Sachsen oder Sachsen-Anhalt – in der Vergangenheit aus der Verantwortung gestohlen.

Die Übernahme des BAföG durch den Bund bedeutet Mehreinnahmen von 204 Millionen € im Einzelplan 06 – übrigens unter anderem zur Kofinanzierung des Hochschulpaktes – und 72 Millionen € wiederum im Einzelplan 05.

Insofern können wir dem Antrag der Piratenfraktion in Bezug auf die QVM heute nicht folgen, da wir das Geld aus dem BAföG tatsächlich nicht zweimal ausgeben können.

Lieber Herr Berger, liebe Frau Freimuth, wirklich haarsträubend ist die Behauptung, wir wollten unter anderem mit den Programmen wie „Fortschritt NRW“ in die Forschungsfreiheit der Hochschulen eingreifen. Eine solche Behauptung, die Sie immer wieder tätigen, ist wirklich jenseits von Gut und Böse.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei aller Wertschätzung, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP: Wer heute noch nicht weiß, vor welchen großen gesellschaftlichen Herausforderungen wir politische Konzepte entwerfen müssen, gehört einer politischen Generation von vorgestern an. Wir fördern mit diesen Programmen sowohl Projekte als auch Strukturen der Forschung für Nachhaltigkeit. Damit schaffen wir im Übrigen die Voraussetzungen dafür, an den aktuell in die gleiche Richtung weisenden Förderprogrammen des Bundes und der EU zu partizipieren.

Wissenschaft soll zentrale Beiträge zu umfassenden technischen, sozialen und ökologischen Innovationen liefern. An vielen Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Land tut sie dies schon. Das ist nicht zuletzt ein gesellschaftlicher Auftrag. Dabei entstehen auch ein wirtschaftlicher Vorteil und zusätzliche Arbeitsplätze. Das widerspricht komplett Ihrer Annahme, externe Geldgeber könnten sich künftig wegen der Forschungsstrategie des Landes zurückziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Ihre Einlassungen zum Haushalt 2015 sind weder ein seriöser Beitrag zur Einhaltung der Schuldenbremse, noch tragen sie auch nur ansatzweise dazu bei, die Hochschulen bei der Bewältigung ihrer gesellschaftlichen Aufgaben zu unterstützen.

Wir haben es zusammen mit den Hochschulen geschafft, den gewaltigen Kraftakt der Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs reibungslos über die Bühne zu bringen. In der mittelfristigen Finanzplanung haben wir sichergestellt, dass für die weiterhin steigenden Studierendenzahlen bis zum Jahr 2023 ausreichend Studienplätze zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus haben wir als zweites Bundesland neben Baden-Württemberg ein zusätzliches Masterprogramm aufgelegt. Dieses beinhaltet 65.000 Plätze bis 2020 und wird mit 10.000 € pro Platz finanziert, ohne dass dadurch weniger Bachelorstudiengänge geschaffen würden.

Deshalb können Sie jetzt noch so viele Haare in der Suppe suchen, wie Sie wollen. Es wird Ihnen nicht gelingen, darüber hinwegzutäuschen, dass dieser Hochschul- und Wissenschaftshaushalt, der seit 2010 um fast 2 Milliarden € gesteigert werden konnte, eine echte Erfolgsstory ist. Rot-Grün hat hier einen deutlichen Schwerpunkt auf Innovation und Bildungsbeteiligung gesetzt und die Haushaltsmittel vor allem im Sinne der jungen Menschen, die auch in den kommenden Jahren verstärkt in unsere Hochschulen kommen werden, verantwortungsbewusst und zielgerichtet eingeplant. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Dr. Paul.

**Dr. Joachim Paul (PIRATEN):** Vielen Dank. – Verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Raum und zu Hause! Ein bewegtes und bewegendes Jahr 2014 in der Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen liegt nun fast hinter uns. Wir haben ein neues Hochschulgesetz mit einem Namen, der unpassender nicht sein könnte. Das Hochschulzukunftsgesetz hätte genauso ein Hochschulen-weiter-so-wie-bisher-Gesetz genannt werden können.

Ein wirkliches Signal für die Zukunft der Hochschulen wäre es aus unserer Sicht gewesen, Open Access endlich im Hochschulgesetz zu verankern.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir haben im Ausschuss mittlerweile eine Anhörung dazu durchgeführt. Eine überwältigende Mehrheit der Expertinnen und Experten hat eine Aufnahme eines Open-Access-Artikels bezüglich des freien Zugangs zu mit Steuergeldern produziertem Wissen für alle Bürgerinnen und Bürger in das Hochschulgesetz befürwortet.

Die großen Debatten mit der Macht der Verlage will die Landesregierung aber nicht riskieren. Die Zukunft wird sich in der modernen Wissens- und Informationsgesellschaft nicht aufhalten lassen. Das wissen Sie auch. Mutlos haben Sie es aber nicht darauf ankommen lassen, dass Verlage möglicherweise klagen.

Mutlosigkeit ist auch das richtige Stichwort, wenn man sich einmal die Kette der falschen Entscheidungen genauer anschaut. Weiterhin agieren die Hochschulräte an den Hochschulen als die eigentlichen undemokratischen Entscheider.

Auch finanzpolitisch läuft einiges an den nordrhein-westfälischen Hochschulen verkehrt. Die Globalhaushalte werden als Mittel missbraucht, um die chronische Unterfinanzierung der Universitäten und Fachhochschulen zu kaschieren. Wir werden das auch weiter bemängeln. Zudem sind die Globalhaushalte ein wahrer Ausbund an Intransparenz,

(Beifall von den PIRATEN)

auch – und das sei zugegeben – wenn sich die Landesregierung bemüht, hier ein wenig zu steuern. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Unsere Kritik am Einzelplan bleibt, dass alle temporären Mittel, wie Hochschulpaktmittel, Hochschulmodernisierung usw., Programme sind, die dem eigentlichen Problem der Hochschulen, nämlich der fehlenden Grundfinanzierung, nicht entgegenwirken. Da reicht es auch nicht, immer und immer wieder zu beteuern, dass die Mittel seit 2010 um über

30 % gestiegen sind. Es ist keine herausragende Leistung, die Mittel zu erhöhen, wenn in gleichem Maße die Studierendenzahlen einen Rekordstand haben.

Wenn man die Programmmittel herausrechnet, dann wird die Bilanz der Landesregierung ernüchternd. Anstatt sich für eine deutliche Mittelerhöhung starkzumachen, werden die alten Kaschierungselemente weiter bedient.

Um das klar festzuhalten, für uns gilt: Bei chronischer Unterfinanzierung ist die leistungsorientierte Mittelvergabe abzuschaffen. Diese macht nur dann Sinn, wenn man das on top zu der auskömmlichen Grundfinanzierung der Hochschulen als Wettbewerbselement sieht.

Deswegen muss ein Plan – man könnte sagen: Masterplan – her, wie die Grundfinanzierung der Hochschulen strukturell gesteigert und verstetigt werden kann. Da reichen die Hochschulpaktmittel allein nicht aus. Denn wenn man die aktuelle Logik des Wettbewerbs der Hochschulen untereinander und international einmal genauer analysiert, dann ist die Stärkung des Wissenschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen nicht nur in der Spitzenforschung zu sehen, sondern vor allem in der Grundlagenforschung und in der Vielfalt des Fächerkanons an den Hochschulen – Vielfalt als Stärke.

Wir halten die Kritik von Union und FDP für berechtigt,

(Beifall von Dr. Stefan Berger [CDU])

wenn sie sagen, dass trotz Rekordstudierendenzahlen der Etat in Gänze sinkt. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ideologische Haltung von Union und FDP in der Hochschulpolitik einfach komplett von vorgestern ist.

Nachdem wir in der ersten Aussprache im Ausschuss wieder eine Studienbeitragsdebatte ertragen mussten, wollen wir es mal konkreter machen als CDU, FDP, SPD und Grüne und haben im Haushalts- und Finanzausschuss eine Erhöhung der Studienqualitätsmittel auf insgesamt 400 Millionen €, also um 151 Millionen €, beantragt.

Rot-Grün muss den Hochschulen, den Angestellten und den Studierenden erklären, warum Ihnen eine bessere Ausstattung nicht gewährt wird und die Studienqualität in der Summe sinkt. Unser Änderungsantrag und die damit verbundenen Mittel würden direkt den Studierenden, den Angestellten und Fakultäten zugutekommen. Aber da sind wir wieder bei der anfangs beschriebenen Mutlosigkeit.

Wir haben im Hochschulgesetzverfahren gehört, dass es SPD und Grünen bei den Hochschulen um die Verantwortung des Landes geht. Doch dazu gehört es eben auch, beherzt die Qualität an den Hochschulen zu stärken. Ich hatte es schon im Ausschuss gesagt – auch hier in der Debatte bleibe ich dabei, Frau Freimuth hat es gerade wieder ein-

drucksvoll demonstriert –: Der Schrei nach Studiengebühren von Schwarz-Gelb ist von SPD und Grünen provoziert worden. Da drückt man nur einen Buzzer, und bei Schwarz-Gelb taucht sofort wieder „Studiengebühren“ auf, ein Thema, das – ich kann es nur noch einmal sagen – mittlerweile völkerrechtswidrig ist, UN-Pakt 1973.

Wer die Hochschulen nicht auskömmlich ausstattet, bietet den Befürwortern somit eine Plattform, und wir haben wieder den Buzzer. Eine grundlegende Änderung auch der intransparenten Globalhaushalte müsste her. Aber dieses tote Pferd des New Public Management wird von der Landesregierung offensichtlich freudig weitergeritten. Eine Bologneser Sauce, die verdorben ist, macht man nicht besser, indem man Parmesan drüberstreut, rhetorisch gesprochen.

Wie immer in der Geschichte werden sich solche Maßnahmen aber irgendwann überholen. Das Kaschieren der gravierenden Mängel in der Grundmittelzuweisung wird uns nachhaltig um die Ohren fliegen.

Zu guter Letzt muss man die Landesregierung auch mal loben; denn durch die Verhandlungen zum Hochschulpakt III kommen endlich Mittel, um Masterplätze zu schaffen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

– Danke, Herr Bell. Eine Mastergarantie für alle Studierenden, die es wünschen, ist allerdings noch nicht in Sicht. Auch hier sind Sie mutlos.

Lassen Sie mich zusammenfassen:

Erstens. Die Hochschulen in NRW sind nicht ausreichend finanziert.

Zweitens. Rot-Grün verharrt in der Mängelverwaltung trotz historisch hoher Studierendenzahlen.

Drittens. SPD und Grüne wollen die Qualität der Studienbedingungen und der Lehre nicht verbessern.

Viertens. Rot-Grün betreibt eine Augen-zu-und-durch-Politik mit dem neuen Hochschulgesetz.

Fünftens. Trotz eines Kodex „Gute Arbeit“ wird es weiterhin Befristungspraktiken an den Hochschulen geben. Hierfür trägt die Landesregierung die Verantwortung. Das Personal gehört zurück in den Landesdienst. Das ist kein Staatsdirigismus, aber es schützt vor Marktdiktat.

Sechstens. Die Landesregierung verweigert sich, Akzente bei der zukünftigen Aufstellung der Hochschulen durch Open Access zu setzen.

Siebtens. Rot-Grün verweigert den Studierenden eine Masterplatzgarantie für diejenigen Studierenden, die den Master anstreben.

Wir werden diesen Einzelplan ablehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN und Dr. Stefan Berger [CDU])

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Schulze.

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Studiengebühren abschaffen, Hochschulrecht zukunftsfähig machen, Finanzierung von Wissenschaft und Forschung sicherstellen – damit ist diese Landesregierung 2010 angetreten.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Überfordert!)

Und diese Versprechen halten wir. Ja, das ist ein Kurswechsel, wenn wir von bester Bildung für alle sprechen, von „Wissen schafft Chancen“, wenn jetzt „Forschen für den Fortschritt“ zum Thema gemacht wird.

(Karl Schultheis [SPD]: Auch Open Access!)

Ich kann verstehen, dass man politische Meinungsverschiedenheiten darüber hat, ob das der richtige Weg ist oder nicht. Ich kann auch verstehen, dass es Sie in der Opposition ärgert, dass wir genau das tun, was wir versprochen haben, wofür wir gewählt worden sind und womit wir angetreten sind. Aber das ist nun einmal unsere Politik: versprochen – gehalten. Daran werden Sie sich auch im Weiteren gewöhnen müssen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren von der Opposition, die Zahlen sind einfach eindeutig, die können Sie auch mit noch so vielen Rechentricks nicht wegretuschieren. 2015 wird es 7,8 Milliarden € für Wissenschaft und Forschung geben. Das sind fast 2 Milliarden € mehr als 2010. Der Haushalt hat sich um ein Drittel erhöht.

Wenn die KMK-Prognosen stimmen – in der letzten Zeit tun sie das ja –, dann gehen die Studierendenzahlen um 25 % hoch. Ein Drittel mehr im Etat bei 25 % mehr Studierenden – ich finde, das ist schon eine enorme Leistung, die das Land da erbringt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Dr. Berger, die Hochschulpaktmittel gehen planmäßig in 2015 zurück. Das ist nun einmal so: Mit sinkenden Studierendenzahlen gehen auch die Hochschulpaktmittel zurück. Aber wenn man den Haushalt einmal um diese Zahl bereinigt, steigt er im Vergleich zu 2014 immer noch um 1,9 %. Herr Dr. Berger, bitte zeigen Sie mir doch einmal ein Bundesland, das seit 2010 solche klaren Prioritäten für den Bildungsbereich gesetzt hat wie wir hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Der Haushalt hat hier zwei glasklare Prioritäten. Es gibt 5,7 Milliarden € für Hochschulen und für Medizin. Frau Freimuth, wir finanzieren den Hochschulpakt eins zu eins gegen. Wir werden vom Bund immer für unsere transparente Vorgehensweise gelobt, weil wirklich eins zu eins sichtbar ist, was wir vom Bund bekommen und was wir an die Hochschulen weitergeben. Da können Sie noch so hin und her rechnen: Das ist in den bundesweiten Papieren eindeutig nachzuvollziehen.

Der zweite Schwerpunkt, den wir haben, ist Wissenschaft und Forschung. Auch dort sind es 4,5 % mehr, 758 Millionen €. Das sind 20 % mehr als 2010. Das ist eine enorme Leistung. Zeigen Sie mir doch einmal, wo ein anderer das geschafft hat oder wo Sie solche Steigerungsraten in den Haushalten hatten.

(Beifall von der SPD – Beifall von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Aber, meine Damen und Herren, es gab ja heute doch etwas Neues von der Opposition. Ich finde, das ist ein Punkt, den wir hier in der Debatte einmal festhalten sollten. Ich hatte Ihre Haushaltsreden bisher immer so verstanden, dass wir deutlich zu viel ausgeben, dass wir endlich einmal sparen sollten, dass wir einmal genauer hingucken sollten. Heute war es das erste Mal, Herr Dr. Berger, dass Sie gesagt haben, eine Steigerung um ein Drittel im Haushalt reichte nicht; wir bräuchten mehr Geld. – Ich finde, es ist ein schönes Signal für uns, dass Sie solche Hinweise hier im Parlament geben.

**(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)**

Vielleicht können Sie das auch noch ein bisschen lauter und öffentlich verkünden und uns dann in der Debatte um den Länderfinanzausgleich unterstützen, wo wir ja ganz eindeutig sagen: Wir wollen mehr von dem, was hier erwirtschaftet wird, in Nordrhein-Westfalen halten. Wenn Sie uns da dann unterstützen würden, wäre das wirklich fantastisch.

Meine Damen und Herren, 7,8 Milliarden € für den Einzelplan 06: Das ist eine enorme Summe, die wir in Nordrhein-Westfalen hierfür zur Verfügung stellen. Damit können wir uns im Ländervergleich sehr gut sehen lassen. Das ist Geld für Wissenschaft. Das ist Geld für Forschung. Das ist Geld für Innovationen hier in unserem Land. Das ist sehr gut angelegtes Steuergeld und ein wirklich ambitionierter Einzelplan 06. – Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Maelzer.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, zu welchem

Haushalt die Redner von CDU und FDP gesprochen haben. Der nordrhein-westfälische kann es jedenfalls nicht gewesen sein.

(Widerspruch von der CDU und der FDP)

Aber ich will den Fokus auf die Änderungsanträge von SPD und Grünen richten. Wir werden am Leibniz-Institut für Umweltmedizinische Forschung in Düsseldorf ein Zentrum zur Erforschung von Ersatzmethoden zu Tierversuchen einrichten. Jedes Tier, dem wir es dadurch ersparen, für die Medikamentenforschung genutzt zu werden, ist aus unserer Sicht ein Erfolg.

(Beifall von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt kommen, der mir persönlich und der SPD wichtig ist. Ich bin froh, dass wir uns mit unserem Koalitionspartner auf einen Änderungsantrag zum Haushalt verständigen konnten, der zusätzlich 275 000 € für unsere sieben Kunst- und Musikhochschulen vorsieht. Das Geld ist für die Lehrbeauftragten bestimmt. Wir sorgen mit unserem Änderungsantrag dafür, dass die Steigerung der Vergütung für sie mit knapp 3 % in gleichem Maße erfolgt wie bei den Tarifbeschäftigten. Für die Musikhochschule in meiner Heimatstadt Detmold wird das Land 28 000 € zusätzlich zur Verfügung stellen.

Auch psychologisch ist das für die Lehrbeauftragten ungeheuer wichtig. Sie hätten es als Nichtachtung ihrer Leistung empfunden, wenn die Tarifbeschäftigten eine Steigerung erhalten hätten und sie – wie in der Vergangenheit allzu oft – leer ausgegangen wären.

(Beifall von der SPD)

Das ist bereits die dritte Erhöhung, die wir in den vier Jahren unserer Regierungszeit vorgenommen haben. Zuvor waren die Sätze bereits um 15 % gestiegen. Das ist richtig, und das ist auch verdient; denn anders, als es etwa bei Universitäten der Fall ist, wo Lehrbeauftragte oftmals mit Praxisbezug aus der Arbeitswelt den Unterricht ergänzen, leistet diese Berufsgruppe um die 50 % der Lehre an Kunst- und Musikhochschulen.

Wir werden es leider auch in Zukunft mit einem ausgeprägten Maß an Patchwork-Existenzen zu tun haben. Aber für 60 % ist der Lehrauftrag ein existenziell wichtiger Teil ihres Einkommens. Gerade deshalb ist es richtig und wichtig, die Einkommensentwicklung bei den Lehrbeauftragten nicht von den Tarifsteigerungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst abzukoppeln.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Ich komme zum Schluss, Herr Präsident, und verbinde das mit einer

Bitte. In diesem Fall ist es noch so, dass das Ministerium die Erhöhung in eine Rechtsverordnung wird kleiden müssen. Wir sollten uns für die Zukunft gemeinsam auf eine automatische Angleichung verständigen: Wenn die Einkommen der Hochschulbeschäftigten steigen, dann sollten auch die Einkünfte der Lehrbeauftragten an Kunst- und Musikhochschulen steigen. Dazu können wir alle einen Beitrag leisten. – Danke.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Maelzer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Abel.

**Martin-Sebastian Abel (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Freimuth und Herr Dr. Berger, ich habe bei Ihren Reden sehr genau zugehört und darauf gewartet, dass Sie auch etwas Positives über unseren Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen sagen. Es kam aber nichts. Das Einzige, was an Lob von Ihnen kam, Herr Dr. Berger, war ein Lob nach Baden-Württemberg. Das werden wir auch weitergeben.

Angesichts der Steigerungen der Mittel, die den Hochschulen zur Verfügung stehen – die Ministerin hat es noch einmal gesagt: ein Drittel mehr seit 2010 –, und der gleichzeitigen Entlastung der Studierenden und der Eltern durch die Abschaffung der Studiengebühren ist das Genöle, was Sie hier machen, schon nahe an einer Friedhofsrede; das muss man wirklich sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir sollten vielmehr auf dem Feld der Wissenschaftspolitik gemeinsam versuchen, einen Rahmen für gute Wissenschaft und Forschung zu schaffen, um Innovationen zu ermöglichen. Genau solche Innovationen wollen wir mit der Einrichtung eines Zentrums für Ersatzmethoden zum Tierversuch ermöglichen.

Studien an Tieren beruhen auf der Verpflichtung, das Leben von Mensch oder von Tier zu retten, zu schützen, Leid zu verhindern oder zu lindern. Arzneimittel dürfen zum Beispiel nur an Menschen getestet werden, wenn Daten aus Tierversuchen vorliegen. Forscherinnen müssen verantwortungsvoll agieren und Tiere mit dem höchsten Respekt behandeln. Der Tierversuch bleibt aber ein ethisches Dilemma und eine Belastung vor allem für die Forscher/innen.

Neben diesen ethischen Bedenken gibt es auch Erkenntnisse, das Ergebnisse, die wir aus Tierversuchen gewinnen, nicht 1:1 auf den Menschen übertragbar sind oder nur sehr begrenzte Aussagekraft haben. Rot und Grün wollen deshalb dieses Zent-

rum einrichten; ein wichtiger Meilenstein für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

Ein weiterer Antrag der rot-grünen Regierungsfraktionen betrifft die Lehrbeauftragten an den Kunst- und Musikhochschulen. Sie erfüllen eine besondere Arbeit, sie erbringen einen großen Anteil; teils wird über die Hälfte der hochqualifizierten künstlerischen Lehre an den Musikhochschulen von ihnen wahrgenommen. Sie werden benötigt, den jährlich unterschiedlich ausgeprägten Bedarf der Studierenden nach Unterrichtung in bestimmten Instrumenten erfüllen zu können.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege.

**Martin-Sebastian Abel (GRÜNE):** Da es sich bei einem Lehrauftrag um eine in der Regel jeweils befristete nebenberufliche selbstständige Tätigkeit im künstlerischen Bereich handelt, muss auch die Entlohnung angemessen sein, damit es keine große Diskrepanz zwischen dem Wert der Arbeit und der Entlohnung gibt. Deswegen möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich den Kollegen von der SPD-Fraktion danken, aber besonders auch ...

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Ihre Redezeit ist deutlich zu Ende.

**Martin-Sebastian Abel (GRÜNE):** Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Mein Dank gilt der SPD-Fraktion und meiner Fraktion, und hier insbesondere der Sprecherin, Frau Dr. Seidl.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abel. – Bevor ich Herrn Dr. Berger das Wort erteile, möchte ich an Herrn Maelzer gerichtet sagen: Herr Maelzer, ich gratuliere Ihnen sehr herzlich, Sie haben inzwischen promoviert. Sie haben das gerade angemerkt, als ich Sie nicht mit Ihrem vollen Namen angesprochen habe. In den Unterlagen des Landtages steht noch „Maelzer“. Inzwischen sind Sie promoviert. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Wir werden das bei unseren Formalien nacharbeiten. Alles Gute, und wir werden Sie zukünftig natürlich auch vonseiten des Präsidiums mit Dr. Maelzer ansprechen. – Nun hat Herr Dr. Berger das Wort.

**Dr. Stefan Berger (CDU):** Vielen Dank, Herr Präsident! Herr Dr. Maelzer, auch von mir herzlichen Glückwunsch! Es ist ja immer schön, und ich verbinde das mit der Hoffnung, dass etwas mehr Hirn und Verstand auch bei der sozialdemokratischen Fraktion Einzug gehalten haben.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch zwei Anmerkungen, einmal hinsichtlich der Äußerung des Kollegen Abel, welche positiven Aspekte es denn mit Blick auf den Wissenschaftsstandort gibt.

Herr Abel, dieses Jahr 2014 war geprägt von tiefgreifenden Auseinandersetzungen über die politische Zukunft des Wissenschaftsstandortes, weil Sie ein Gesetz gegen den Willen der Beteiligten, gegen die Hochschulleitungen, gegen die inneren Notwendigkeiten einer guten Führung von Universitäten auf den Weg gebracht haben. Und daran, dass in Nordrhein-Westfalen eine schlechte Stimmung aufgenommen ist, tragen wir keine Schuld, sondern das waren Sie und die sozialdemokratische Fraktion, die ein Gesetz initiiert haben, das niemand wollte.

Der zweite Punkt, Frau Ministerin Schulze: Sie haben sich hierhin gestellt und gesagt, der Haushalt wird größer, größer und höher. – Sie haben historisch den zweitgrößten Haushalt. Sie haben historisch aber die höchste Zahl an Studierenden.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ja!)

Und damit gehen Sie überhaupt nicht um. Bei den Ausgaben für die Universitäten sind wir pro Kopf der Studierenden Letzter.

(Beifall von der CDU)

Das erinnert mich an Borussia Dortmund. Die sagen auch: Wir sind der beste Letzte der Liga. – Sie können sich ja auch so fühlen; aber für den einzelnen Studenten verändert sich überhaupt gar nichts.

Und wir vermissen, dass Sie in diesem Haushalt Schwerpunkte setzen.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Schäffer von den Grünen zulassen?

**Dr. Stefan Berger (CDU):** Ja, bitte.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Frau Schäffer hat sich eben auf einen anderen Platz gesetzt. Das wäre eine Zwischenfrage von mir.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Ich habe dann doch die herzliche Bitte, dass man seinen eigenen Platz einnimmt, wenn man Fragen stellt. – Herr Mostofizadeh, bitte schön.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Dr. Berger, ich habe die folgende Zwischenfrage, weil das symptomatisch für die gesamten Haushaltsberatungen ist: Wenn wir die niedrigsten Kosten in einem Einzelbereich haben und die höchste Leistung er-

bringen, indem wir genauso viele Studierende ausbilden wie Bayern, obwohl wir viel weniger dafür ausgeben, dann sind wir gemäß Ihrer dokumentierten Meinung Schlusslicht. Wenn wir besonders viel ausgeben und im Länder-Benchmarking hinten liegen, sind wir auch wieder Schlusslicht. Wie können Sie mir das intellektuell herleiten?

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Bitte schön, Herr Abgeordneter Dr. Berger.

**Dr. Stefan Berger (CDU):** Beim letzten Mal, als Sie mich gefragt haben, habe ich festgestellt, dass wir uns intellektuell duellieren. Sie sind unbewaffnet gekommen. Jetzt stelle ich fest, Sie kommen mit einem Messer zu einer Schießerei. Denn pro Kopf ist pro Kopf. Und ob sich der Student in Bayern befindet oder in Nordrhein-Westfalen, spielt keine Rolle. Entscheidend ist doch, wie viel Geld Sie pro Kopf den Studierenden in Ihrem Haushalt zur Verfügung stellen. Andere Bundesländer erhalten ja auch viel weniger Förderung aus Berlin als wir. Deshalb ist doch die Relation identisch.

Sie kommen nicht um die Tatsache herum, dass wir auf dem letzten Platz pro Studierenden an Universitäten und auf dem viertletzten Platz an Fachhochschulen sind. Und da sind wir auch in einer gut geratenen Halloweenkoalition mit den Piraten; die sehen das genauso. Wir werden das im Wissenschaftsausschuss auch weiter thematisieren.

(Zuruf von der SPD: Das hat uns aber überzeugt!)

Meine Damen und Herren, wir lehnen diesen Haushalt ab. Damit ist auch alles gesagt. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Dr. Berger. – Herr Dr. Paul hat sich noch zu Wort gemeldet; die Piraten haben noch zwei Minuten Redezeit.

**Dr. Joachim Paul (PIRATEN):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Berger, der Ausdruck „Halloweenkoalition“ war für mich jetzt das Passwort. Wir diskutieren hier über einen Haushalt und über Geldmittel. Das ist völlig in Ordnung, es ist eine Haushaltsdebatte.

Nur wenn es um das grundlegende Konzept geht, wird immer etwas verpennt: Hochschulautonomie, Hochschulfreiheit hat nichts damit zu tun, dass der Staat nicht seine Interessen deutlich macht, nur muss er es auf demokratische und transparente Art und Weise tun, genau wie der Markt. Und da haben Sie noch Lernbedarf. Erweitern Sie bitte Ihren Horizont. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank. – Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7506, den Einzelplan 06 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Einzelplan 06** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **angenommen**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 11**  
**Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales**  
(Arbeit, berufliche Weiterbildung, Integration, Soziales)

In Verbindung mit:

**Verantwortung für Integration von Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen gerecht werden – Verdopplung des Integrationshaushaltes, um Aufnahmegesellschaft zu sensibilisieren und flächendeckend kostenlose Deutschsprachkurse anzubieten!**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/7407

Ich möchte hinweisen auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/7511 zum Einzelplan 11.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Matthias Kerkhoff das Wort.

**Matthias Kerkhoff (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kurz vor Beginn der Adventszeit hat Minister Schneider damit Schlagzeilen gemacht, dass er aus eigener Tasche seinem Ministerium den Weihnachtsbaum spendiert hat, da der Ministeriumsbaum der Haushaltssperre zum Opfer gefallen war. Ich finde, Herr Minister, das ist eine schöne Geste und Ausdruck von Wertschätzung.

Aber, was nützt der schönste Weihnachtsbaum, wenn nichts drunter liegt? Was nützt der schönste Weihnachtsbaum, wenn an ihm keine Kerze brennt, weil sich Ideenlosigkeit und Perspektivlosigkeit breitmacht?